

Du bist nicht allein Auf dem Weg zum Überwachungsstaat

Die aktuelle Diskussion um die Einführung einer flächendeckenden Videoüberwachung ist ein vorläufiger Höhepunkt der repressiven Entwicklung in der BRD.

Die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Straßen wurde erstmals in Großbritannien umfassend angewendet, zunächst in Wohnvierteln, in denen es zu Widerstand gegen rassistische Polizeigewalt gekommen war. Bis zu einer Million Kameras sollen dort bis Mitte des Jahrzehnts installiert sein. Sie können anhand festgelegter Merkmale Gesichter und typische Bewegungsmuster identifizieren. Zusätzlich werden in der Innenstadt von London die Kennzeichen aller ein- und ausfahrenden Fahrzeuge erfasst und mit Fahndungslisten abgeglichen. Die 59. Konferenz der bundesdeutschen DatenschützerInnen stellte dazu fest, dass damit das Grundrecht, »sich in der Öffentlichkeit zu bewegen, ohne dass das Verhalten durch Kameras aufgezeichnet wird« ausgehebelt wird und ein »latenter Anpassungsdruck« erzeugt werde.

Videoüberwachung wurde in der BRD zum Beispiel beim Skandal um die (illegale) heimliche Überwachung des Göttinger Universitätsgeländes im Januar 1999, um die TeilnehmerInnen an einer Anti-NPD-Demonstration und studentische AktivistInnen aufzuzeichnen, offensichtlich. Technische Überwachung wird aber nicht nur gegen linke Oppositionelle eingesetzt, sondern in erster Linie dort, wo weder eine ausreichende Identifikation mit dem Gesamtzweck noch eine starke gegenseitige soziale Kontrolle vorhanden ist und wo vielleicht unvorhersagbare so genannte *riots* der durch die herrschende Politik hervorgebrachten verledeten Menschen auszubrechen drohen. Die Innenminister beschreiben das so: »Die IMK sieht in dem offenen Einsatz von Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten im öffentlichen Raum ein geeignetes Mittel, um die Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben im Rahmen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung wirksam zu unterstützen.« Die »Unsicherheit« öffentlicher Räume für Frauen wird beschworen und die Tatsache unterschlagen, dass 90 Prozent der sexistischen Gewalt im Alltag zu Hause und von persönlich bekannten Männern ausgeübt wird.

Genau genommen ist es nicht mehr weit bis zur Rundumüberwachung. Schon heute kann jedeR beim Einkaufsbummel in bestimmten Bereichen der Kölner Innenstadt durchgängig beobachtet und verfolgt werden. Seit Ende 1998 wird ein Teil der Straßenbahnen mit Kameras bestückt, die

den Fahrgastbereich komplett abdecken und selbst Briefe der Fahrgäste mitlesen können. An der Uni Köln wurden ohne Widerspruch der studentischen VertreterInnen in Senat und AstA in Teilen des Hauptgebäudes Überwachungskameras angebracht.

Die Methoden der Schleierfahndung in den Städten wurden zuerst gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen entwickelt. An der Odergrenze ist der Bundesgrenzschutz mit den neuesten Techniken auf Menschenjagd: Wärmebildkameras, Radargeräte, Hubschrauber, flächendeckende Videoüberwachung und Bewegungsmelder. Er darf bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern willkürlich



nach rassistischen Kriterien »verdachts- und ereignisunabhängig« Personen kontrollieren sowie Häuser und Wohnungen ohne richterliche Genehmigung betreten, »die erfahrungsgemäß als Treffpunkt von Schleusern oder Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung genutzt werden.« (§ 45 BGS). Die dort ausprobierten Techniken werden nach und nach in den Städten installiert.

Das Grundrecht des Telekommunikationsgeheimnisses ist längst ausgehöhlt. Die BRD nimmt weltweit den Spitzenplatz im Abhören von Telefongesprächen ein. Die technischen Grundlagen für Aufzeichnung und Auswertung von Datenübertragungen aller Art sowie Telefongesprächen – und der in Anwesenheit eines Telefons geführten Gespräche – sind bereits vorhanden. Der in den USA schon existente Zugriff des Staates auf Telekommunikationsnetze soll demnächst auch hierzulande obligatorisch gemacht werden und dafür

technische Vorrichtungen bei den Providern eingebaut werden. Das seit den fünfziger Jahren bestehende – früher militärische – Abhörsystem Echelon wird zum Abhören der gesamten satellitengestützten Kommunikation auf der Suche nach privaten, politischen oder Wirtschaftsgeheimnissen genutzt. Nicht nur der Gesprächsinhalt, auch der Aufenthaltsort aller Handy-NutzerInnen ist aufgrund der Funkimpulse der eingeschalteten Geräte auf zehn Meter genau jederzeit feststellbar.

Besonders der studentische Bereich ist ein Testfeld für mehr freiwillige Überwachung: Die Mensa-Chipkarte, die später zur umfassenden Studi-Card ausgebaut werden soll, stieß auf freudige Resonanz. StudentInnen scheinen es harmlos oder sogar schick zu finden, durch Chipkarten registriert zu werden. Wen kümmert es, dass diese Technik ursprünglich zur totalen Kontrolle von Flüchtlingen als so genannte Asylcard entwickelt wurde.

Nach der Demontage des Asylrechts im Jahre 1993 gewann als neues Bedrohungsszenario die »Massenkriminalität« an Bedeutung, obwohl die propagandistische These vom Kriminalitätsanstieg sogar durch die polizeiliche Kriminalstatistik widerlegt wird. Um neue Polizeitaktiken sowie härtere Kontrollmaßnahmen zu fordern oder zu legitimieren, wird nicht mehr auf ein begründetes objektives Problem rekurriert, sondern auf subjektive Kriminalitätsfurcht. Dabei enden öffentliche Debatten über Drogen, organisierte Kriminalität oder Terrorismus ganz selbstverständlich bei der so genannten Ausländerproblematik. Tatsächlich legalisierte eine große Koalition der »Inneren Sicherheit« verdeckte Ermittlungen, eine Beschleunigung der Strafverfahren, die Erleichterung von Abschiebungen, eine strengere Handhabung der Visapflicht und schließlich auch den so genannten großen Lauschangriff. Von der rot-grünen Regierung wurde »kein einziges (...) Repressionsinstrument aus früheren Law-and-Order-Zeiten beseitigt« (Rolf Gössner in *Ossietzky* 15/99, S. 524).

Das Ende der repressiven Entwicklung ist noch lange nicht in Sicht: Durch neue Technologien wie Gendiagnostik oder Weltraumüberwachung könnte eine fast perfekte Form autoritärer Herrschaft errichtet werden. Dabei ist im Alltag weder Paranoia noch fahrlässige Unvorsichtigkeit angebracht. Überwachung ist auch von der Akzeptanz der Bespitzelten abhängig: Mensch muss nicht alle Formen der elektronischen Kommunikation benutzen und einer Kameralinse kann durch einen gezielt platzierten Aufkleber ein Gutteil ihrer Wirkung genommen werden.

In Leipzig, einem Testfeld für flächendeckende Videoüberwachung, findet am 14. Oktober die erste überregionale Demonstration gegen den »Sicherheitswahn« statt. Motto: »Save the resistance!«

Dieter Asselhoven

Wird das Studium noch teurer?

Der Kampf um Studiengebühren geht weiter

Die massiven Hochschulstreiks vom Winter 1997/1998 haben die Tendenz zur Einführung von Studiengebühren nur verzögert. Praktisch alle Wirtschaftsverbände, weite Teile der Parteien im Bundestag und immer mehr Gewerkschaften haben sich mit Studiengebühren in der einen oder anderen Form angefreundet. Am beliebtesten sind zurzeit Gebühren für vermeintliche Sündenböcke der Hochschulmisere, namentlich für »Langzeit«- oder Zweitstudiumsstudierende, die zwar mit der Überfüllung der Hochschulen kaum etwas zu tun haben, aber als Feindbild gut geeignet sind. Bund und Länder verhandeln gegenwärtig über ein Modell, nach dem nur noch ein bestimmter Anteil des Erststudiums gebührenfrei bleiben und ab circa dem zehnten oder zwölften Semester etwa 1000 Mark pro Semester zu zahlen sein sollen.

Vor zwei Jahren, nach dem bundesweiten Streik von fast 100 Hochschulen, war das Thema Studiengebühren vorübergehend vom Tisch. Rotgrün hatte im Bundestagswahlkampf 1998 an den Hochschulen erfolgreich mit dem Versprechen gearbeitet, ein Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz (HRG) zu verankern. Inzwischen haben die GebührenbefürworterInnen Boden gutmachen können.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) äußerte gegenüber der *Sächsischen Zeitung*: »Gebühren für ein Zweit- oder Drittstudium halte ich für vertretbar und richtig«. Damit geht sie auf die Länder zu, die seit dem Frühjahr mit dem Bund über einen Staatsvertrag zu Studiengebühren verhandeln. Die derzeitige Position Bulmahns und der Landesregierung NRW entspricht der Situation in Sachsen, das für das Zweitstudium 600 Mark pro Semester verlangt. Sofern daran anknüpfend die Einführung von Kurzstudiengängen (Bachelor) gelänge, könnten über die Neudefinition des Hauptstudiums zum Zweitstudium alle an



PHOTO: RAPHAELA HÄUSER

einem wissenschaftlich qualifizierten Studium Interessierten zu Zahlungen genötigt werden.

Darüber hinausgehend hält Niedersachsens Wissenschaftsminister Thomas Oppermann (SPD) die »Beteiligung der Studenten an den Bildungsausgaben für zwingend notwendig, um die Qualität der Hochschulen im internationalen Wettbewerb zu steigern«. Einkommensabhängig schlug er 1000 bis 2000 Mark Gebühren je Semester vor.

Der bildungspolitische Sprecher der Grünen, Matthias Berninger, sprach sich gegenüber dem *Focus* ausdrücklich für Studiengebühren in Höhe von 1000 Mark pro Semester »im ersten Schritt« aus, die StudentInnen berechnet werden sollen, die die durchschnittliche Studiendauer ihres Faches überschreiten.

Die hessische Ministerin Ruth Wagner (FDP) hat ebenfalls mehr private Ausgaben für die Bildung verlangt. Es sei für Eltern »wichtiger, ihren Kindern eine gute Ausbildung zu verschaffen, als ihnen ein Häuschen zu vererben«. Wagner riet zu individueller Vorsorge durch Ausbildungsversicherungen oder »Bildungssparen«.

Der rheinland-pfälzische Bildungsminister Jürgen Zöllner (SPD) knüpft an Vorschläge der FDP an, die an die Studierwilligen ein beschränktes Kontingent von Bildungsgutscheinen austeilten möchte. Sind die Gutscheine aufgebraucht, muss für das weitere Studium bezahlt werden. Zöllner will eine kostenlose Gutschrift über 200 Semesterwochenstunden an die ErstsemesterInnen aushändigen, die auf einer telefonkartenartigen Chipkarte abgebucht werden sollen. Wer mehr Stunden braucht, muss dann je nach Rechtslage des jeweiligen Bundeslandes nachzahlen. Zöllner hat wohl in alten Vorlesungsverzeichnissen der fünfziger Jahre geblättert; seinerzeit gab es schon einmal Eintrittskarten für Vorlesungen und Hörergeld der StudentInnen für die Ordinarien. Notwendige Konsequenz dieses Modells wäre natürlich eine lückenlose Datenerfassung aller Seminarbesuche auf der Chipkarte.

Bei CDU und CSU haben Studiengebühren bereits Tradition. Schon seit einigen Jahren gibt es in Baden-Württemberg Studiengebühren für so genannte LangzeitstudentInnen, in Bayern zahlen die KommilitonInnen für das Zweitstudium.

Im Sommer hat die von Bulmahn einberufene Bund-Länder-Arbeitsgruppe getagt, die den Auftrag hatte, den Staatsvertrag für Gebührenfreiheit im Erststudium vorzubereiten, der auf fünf Jahre befristet werden soll. Eine endgültige Entscheidung über Reichweite und Berechnungsmodell für Studiengebühren soll im Herbst fallen: Im Oktober findet ein weiteres Treffen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe statt. Bleibt auch dieses Treffen ergebnislos, dann will die SPD laut der Aussage von Bulmahns Staatssekretär Catenhusen das gebührenfreie Grundstudium durch eine HRG-Änderung gesetzlich festlegen.

Von einer Gegenbewegung gegen die Durchsetzung des »Leitbildes Unternehmen« an den Hochschulen ist noch immer zu wenig zu sehen. Immerhin beteiligten sich an den Demonstrationen gegen die Einführung von Studiengebühren am 7. Juni in Berlin, Köln und Stuttgart circa 12 000 TeilnehmerInnen. Darunter waren über 3000 in Köln, die trotz des Boykotts der Demo durch den rechten Unabhängige/RCDS/Lust-AStA an der Aktion teilnahmen.

Dieter Asselhoven

AL-Web-Tipps:

www.antimilitarismus.de

Die Web-Site zu Krieg und Frieden, Ökonomie und Politik

www.bilpol.de

Eine bildungspolitische Linksammlung

www.studis.de/abs

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS)

www.uni-koeln.de/studenten/al

Die AL im Web

AL-Party

**Donnerstag, 26. Oktober
ab 22 Uhr im Unikum
Universitätsstraße 16b
Eintritt frei**

Bildung als Ware, ein Konsumgut, das wir kaufen und bei schlechter Qualität als Kundschaft auch reklamieren dürfen, das wollen uns die BefürworterInnen von Studiengebühren schmackhaft machen. Aber Bildung ist keine Ware, die nur für die erreichbar ist, die es sich leisten können. StudentInnen sind auch keine Kundschaft, sondern Mitglieder ihrer Hochschule, die sich ihre spärlichen Mitbestimmungsrechte hart erkämpft haben. (...)

Und es sind keineswegs nur die Studiengebühren, gegen die es vorzugehen gilt – auch wenn diese nach wie vor ganz oben auf der Prioritätenliste stehen – sondern die gesamte Entwicklung im Bildungssektor. Mit praxisnahen Kurzstudiengängen wie dem Bachelor sollen die Massen abgespeist werden. Angestrebt wird hier nicht mehr eine umfassende Qualifikation, sondern der Erwerb von Teilfertigkeiten, die an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet sind. Und nur die Besten sollen weitermachen dürfen, den Master, wo sie dann doch endlich wissenschaftlich arbeiten können. Aber die Elitebildung setzt noch früher an: mit Sonderschulen für angeblich Hochbegabte, wo diesen all das geboten wird, was den meisten SchülerInnen vorenthalten bleibt: selbständiges Arbeiten, gut ausgestattete Labore für eigene Experimente, engagierte LehrerInnen. Alle Schüle-

rInnen würden unter solchen Umständen bessere Ergebnisse erzielen.

Die PolitikerInnen machen sich damit zu Erfüllungsgehilfen der Wirtschaftsfunktionäre. Die fordern seit langem elitäre Sonderausbildung für so genannte Spitzenkräfte und praxisnahe halbwissenschaftliche Qualifikationen für den Rest – der muss dann ja später auch nicht so gut bezahlt werden. Durch Sponsoring der Hochschulausbildung, Finanzierung von bestimmten Projekten, Stellung von Praktikumsplätzen im eigenen Werk und so weiter will die Industrie die Inhalte der Lehre bestimmen. Der *European Round Table of Industrialists* – ein Zusammenschluss der größten Industriekonzerne Europas – erhob diese Forderungen bereits 1993. (...)

Und in ganz Europa ist die Umstrukturierung der Bildungslandschaft eingebettet in einen generellen Sozialabbau, der sich zum Beispiel im Gesundheitswesen (...) oder den Plänen für so genannte gemeinnützige Arbeit zeigt, die SozialhilfeempfängerInnen ableisten sollen.

Appelle an PolitikerInnen, gleich welcher Couleur, werden uns in dieser Situation nichts nutzen. Wir müssen selber aktiven Widerstand leisten. Die beiden großen Streikwellen in den neunziger Jahren haben gezeigt, dass studentische Proteste durchaus etwas bewirken können. (...)

Dass die Erfolge nicht lange währten, ist darauf zurückzuführen, dass die Streiks in weiten Teilen zu sehr auf die Situation an den Hochschulen fixiert waren. Aber die Hochschulen sind keine Inseln. Einsparungen im Bildungsbereich sind keine willkürliche Maßnahme irgendwelcher MinisterInnen, denen die Qualität der Bildung egal wäre, sondern sind Bestandteil des systematischen Sozialabbaus in diesem Land. Dieser richtet sich nur unter anderem gegen uns als StudentInnen. Wenn wir uns also nur um die Probleme an den Hochschulen kümmern, wenn wir uns nur gegen den Bildungskahlschlag wehren, dann arbeiten wir uns letztlich an Symptomen ab. (...)

Wir StudentInnen müssen uns mit den anderen Menschen, die vom Sozialabbau betroffen sind, zusammenschließen, seien es Arbeitslose, AsylbewerberInnen oder Menschen in prekären Jobs. (...) Nur wenn wir uns mit anderen solidarisieren und mit ihnen zusammenarbeiten, können wir dauerhaft etwas erreichen im Kampf gegen Sozialabbau. Studiengebühren sind nur ein Teil davon. (...)

Jutta Kahle (AL) sprach für den PH-AStA Köln.

Dokumentation der Reden von Jutta Kahle und Markus Struben auf der Demonstration gegen Studiengebühren am 7. Juni in Köln

O-Ton im Web unter www.uni-koeln.de/studenten/al

Was wir heute als Debatte um die Durchsetzung von Studiengebühren erleben, stellt einen weiteren Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung dar. Die Bildungspolitik wird dem Spiel der freien Kräfte des Marktes überlassen.

Überall in Deutschland werden hemmungslos Stellen an den Hochschulen gestrichen. Das BAföG wird auf dem niedrigst möglichen Niveau gehalten. Mit Studiengebühren werden so genannte LangzeitstudentInnen aus der Uni geworfen und sozioökonomisch Benachteiligte abgeschreckt und ausgegrenzt.

Und eins ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Wenn wir uns erst mal an die noch schärfer gewordene soziale Selektion gewöhnt haben, wird es Studiengebühren für alle schon ab der ersten Semesterwochenstunde geben.

Dabei handelt es sich hier nicht um irgendwelche Sparmaßnahmen, es handelt sich um keine Notwendigkeiten, die sich aus Sachzwängen ergäben, und schon gar nicht geht es hier um das unwissende Handeln von einigen PolitikerInnen, die vom Alltag der Studis keine Ahnung hätten.

Nein, was hier passiert, das ist der gezielte Umbau der Hochschulen von Bildungseinrichtungen zu kapitalistischen Dienstleistungsbetrieben.

Nicht ohne Grund wurde bereits Anfang 1998 im Hochschulrahmengesetz ermöglicht, Hochschulen in Form von Wirtschaftsunternehmen zu betreiben. (...) Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren: Immer mehr Bereiche der Uni werden kommerzialisiert und privatisiert.

Konkurrenz soll herrschen zwischen den Hochschulen und unter den StudentInnen. Die Marktwirtschaft hält seit Jahren ihren glorreichen Einzug in die Bildungspolitik. Und wer dann noch

was vom Kuchen abhaben will, der muss dafür bezahlen.

Unser Recht auf Bildung sollen wir morgen dem Staat und übermorgen dann der Wirtschaft abkaufen. Aber wir kaufen euch nicht ab, was uns gehört!

Während der Staat sich lästiger Aufgaben entledigt, freuen sich Wirtschaftsunternehmen schon auf neue Märkte. So sprach sich im April der DaimlerChrysler-Personalvorstand Günther Fleig in der Berliner Zeitung für die Durchsetzung von Studiengebühren aus. Warum hat eigentlich die Meinung der Autoindustrie einen wesentlich höheren Stellenwert in der Bildungspolitik als die der StudentInnen, die im Winter über 100 000 Unterschriften gegen Studiengebühren gesammelt haben? Das ist doch hier die Frage!

Aber wenn uns auch die Bildungspolitikern sicher nicht nach unserer Meinung fragen: Wir werden weiterhin Widerstand gegen diese neoliberale Bildungspolitik leisten. Und eines ist dabei klar: Von schnöden Versprechungen, wie sie uns vor der Bundestagswahl von SPD und Grünen gemacht worden sind, lassen wir uns nicht einlullen. Ob CDU oder Grüne, FDP oder SPD, sie alle sind nur Charaktermasken, die ihre Aufgabe lediglich darin sehen, auf allen Ebenen der Gesellschaft den Marktgesetzen von Verwertung und Selektion den Weg zu ebnen.

Wir treten weiter ein für das Recht auf Bildung für alle Menschen. Und dieses Recht, wenn es nicht zur hohlen Phrase werden soll, muss materiell abgesichert werden. Wir wollen keine Stellenkürzungen, sondern den Ausbau des Bildungssystems. Wir wollen eine soziale Grundsicherung und keine Studiengebühren.

Dabei solidarisieren wir uns mit allen anderen von Sozialkürzungen und Repressionen betroffenen Menschen. In Parteien setzen wir kaum Hoffnung und erst recht kein Vertrauen. Auf unsere eigene Stärke kommt es an! Ob in Fachschaften, in Hochschulgruppen, Initiativen oder Verbänden: Wir kämpfen für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Und daher schließe ich meinen Beitrag mit einem leicht aktualisierten Zitat von Rosa Luxemburg:

»Ordnung herrscht an den Hochschulen. Ihr stumpfen Schergen! Eure Gesetze sind auf Sand gebaut. Der Widerstand wird sich morgen schon rasselnd wieder in die Höhe richten und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein.«

Markus Struben (AL) sprach für das Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen (LiRa).



Aktionsbündnis gegen Studiengebühren

AStA blamiert sich vor Gericht

Klage gegen AL-Mitglieder gescheitert

Ein kompetent recherchiertes Sozialinfo zu allen Fragen studentischer Lebenshaltung, das kostenlos an die StudentInnen der Uni Köln verteilt wird – eigentlich kein Grund zu klagen. Das sah der Unabhängige/RCDS/Lust-AStA ganz anders.

Schließlich hatte der linke Vorgänger-AStA die Erwartungshaltung an das ausführende Organ der Kölner StudentInnenschaft hochgeschraubt: Jedes Jahr ermöglichte der AStA das Erscheinen eines umfangreichen aktuellen Sozialinfos. Das konnte oder wollte der neue AStA nicht leisten. Kurzerhand gab die Alternative Liste im letzten Wintersemester das *Kompendium zu Fragen studentischer Lebenshaltung* heraus. Der AStA hüllte sich zunächst in Schweigen, ehe er wenige Tage nach der StudentInnenparlamentswahl im Dezember 1999 seine Anwälte sprechen ließ. In bisher nicht gekannter Dreistigkeit strengte der AStA eine Klage gegen die beiden RedakteurInnen der AL-Publikation, Mireilla Häuser und André Moeller, an, um sie für ihr Engagement abzustrafen.

Der AStA beanspruchte unberechtigterweise die UrheberInnenrechte an den Texten des AL-Sozialinfos. Bis zu 500 000 Mark Strafe wurden angedroht. Die Begründung: Seinerzeit seien die Texte für die AStA-Broschüre geschrieben worden, daher habe der Nachfolge-AStA auch das Recht, über die weitere Verwendung der Texte zu entscheiden.

Dabei waren dem AStA nie die Textrechte übertragen worden.

Für den 19. Juli war nun ein Gerichtstermin beim Landgericht Köln angesetzt. Der Prozess endete, bevor er wirklich begann. Der Richter bezweifelte, dass der AStA, vertreten durch seinen Vorsitzenden Oliver Ullrich (Unabhängige), überhaupt klageberechtigt sei. Auch sah der Richter keinen Anlass, warum der AStA jemals in den Besitz der UrheberInnenrechte gekommen sein sollte. Hierzu hätten die RedakteurInnen ihre Rechte ausdrücklich an den Kläger abtreten müssen.

Mit dieser Begründung legte das Gericht der Klägerseite nahe, sich in einer Tagungspause die Sache nochmals durch den Kopf gehen zu lassen. Diese »nachdrücklichen Hinweise auf Mängel der Klage« seitens des Gerichts, so der Rechtsanwalt der beklagten Seite, Hanns Sampels, führten zur Rücknahme der Klage durch den AStA.

Damit kommen jetzt laut Schätzungen von Sampels auf die StudentInnenschaft Gerichts- und Anwaltskosten in Höhe von 7000 bis 7500 Mark für das von Anfang an aussichtslose und politisch motivierte Verfahren zu.

Diese traurige Episode zeugt vom unfassbaren Politikverständnis der Koalition aus Unabhängigen, RCDS und Lust. Schon die Unfähigkeit oder der Unwille, die StudentInnen mit notwendigen In-

formationen über ihre sozialen Rechte und Möglichkeiten zu versorgen, belegt ihre Arroganz. Das hinderte die Unabhängigen in ihrem letztjährigen Wahlkampf nicht daran, dreist mit der nicht erfolgten »Herausgabe eines neu aufgelegten Sozial-Infos« (Unabs-Mitteilungen, Dezember 1999) zu werben. Das ist nichts Neues bei den Unabhängigen, die auch heute noch mit ihrem seit Jahren vergriffenen Miet- und Wohninfo werben.

Erst im vergangenen Sommersemester konnte dann der AStA einen billigen Abklatsch des alten Sozialinfos erstellen. Telefonnummern und Zahlen waren zum Teil veraltet, der immens wichtige BAföG-Teil wurde komplett weggelassen. Vielleicht trieb den AStA die Angst um, sie könnten durch ihre Verstöße gegen das UrheberInnenrecht eine Klage von Seiten der Alternativen Liste provozieren.

Leider lässt sich nicht feststellen, auf wessen Konto folgende Blüte der Idiotie geht: Zu Beginn des Prozesstermins war der Anwalt der beiden AL-Mitglieder nicht erschienen. Eine unbekannte Person gab sich am Vortag telefonisch als VertreterIn des Gerichts aus, um beim Anwalt der beklagten Partei die Gerichtsverhandlung abzusagen. Dieser Versuch, die Angeklagten bloßzustellen, ging nach hinten los: Der Richter kommentierte die Angelegenheit kopfschüttelnd als »Studentenulk«.

Markus Struben

Briefkastenfirma

Rechter Dachverband gegründet

Der *Ring Christlich Demokratischer Studenten* (RCDS) bläst zum Angriff gegen den studentischen Dachverband *freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften* (fzs). In den letzten sieben Jahren war der fzs der einzige Dachverband, in dem sich StudentInnenschaften bundesweit in einer Organisation zusammengefunden hatten. Die meisten der fzs-Mitglieds-Asten werden von Mitte-Links-Koalitionen gestellt, daher hat auch der Gesamtverband eine eher linke Ausrichtung. Dies war dem RCDS schon lange ein Dorn im Auge. Ohne das StudentInnenparlament zu fragen, trommelte der Kölner Uni-AStA bundesweit vier weitere rechte Asten zusammen, um dem »fzs den Todesstoss« zu versetzen, wie der Bundesvorsitzende des RCDS, Carsten Schwarz, prognostiziert.

So gründeten im September Asten aus Köln, Duisburg, Bremen, Göttingen und Kiel den *Bundesverband der Studierendenschaften* (BVS), wie die fünf Gründungsmitglieder ihre fzs-Konkurrenz taufen. Bisher ist nicht viel davon in Erfahrung zu bringen, was denn den rechten Dachverband auszeichnen soll. Auf der BVS-Homepage herrscht entsprechend gähnende Leere.

Aus den verschiedenen Presseberichten allerdings ist zu entnehmen, dass der RCDS-nahe Ver-

band vor allem das Politische Mandat ablehnt. Den StudentInnenschaften wird von RCDS, Burschenschaften und PolitikerInnen das Recht abgesprochen, sich zu politischen Themen äußern zu dürfen. Wie aber soll man mehr Geld für Bildung verlangen, ohne zu sagen, wo das Geld herkommt? Warum darf man Bildungskürzungen nicht als Teil der Sozialabbaupolitik einordnen? Und will man sich erst gegen Neonazis und Rassismus aussprechen, wenn an der Universität nicht nur – wie bereits geschehen – Linke, sondern auch AusländerInnen und andere Randgruppen angegriffen werden? Die Hochschule ist keine gesellschaftliche Insel. Doch munter und resistent gegen Argumente polemisiert Lars Kasischke (RCDS), Bildungspolitikreferent des AStA Uni Köln und Sprecher des BVS, gegen das Politische Mandat, da sich seiner Auffassung nach linke Organisationen wie der fzs »mehr um Castor und Castro als um Hochschulrahmengesetz und Dienstrechtsreform« kümmern.

Bleibt zu befürchten, dass es der BVS hingegen dem RCDS gleichtun wird und auf seinen Versammlungen Lars Kasischkes RCDS-Liederbuch hervorholt und wie »es schöne Sitte und Brauch (ist), sich gemeinsam, oder aber auch im Wettstreite dem deutschen Liedgut zu widmen...«

Markus Struben

AL-Plenum:

Dienstags, 20 Uhr,
Raum C
Universitätsstr. 16a,
1. Etage

Impressum

Das AL-Info wird herausgegeben von der Alternativen Liste Uni Köln.

Redaktion: Dieter Asselhoven, Volker Elste (V.i.S.d.P.), Bernd Götting, Raphaela Häuser, Susanne Krauß, Markus Struben

Layout: Volker Elste, Raphaela Häuser

Postadresse:

Alternative Liste Uni Köln
c/o AStA PH Köln
Gronewaldstr. 2
50931 Köln

Hotline:

0177-2006344 (Dieter)

E-mail:

ars10@uni-koeln.de